

Interfraktioneller Antrag

SPD-Gemeinderatsfraktion

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

vom 19.01.2006

eingegangen am 19.01.2006

21. Sitzung des Gemeinderates am 21.02.2006**TOP 21**

Vorlage Nr. 581

Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich Dez. 2

Handhabung des Gesprächsleitfadens für einbürgerungswillige Muslime

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Zu 1.:

Chancen zur Veränderung oder zur Abschaffung des Gesprächsleitfadens bestehen nur dann, wenn anhand vorliegender Erfahrungswerte konstruktive Diskussionen mit der Landesregierung geführt werden können. Solche Erfahrungswerte liegen bislang noch nicht vor.

Zu 2.:

Ein Ermessensspielraum besteht und wird selbstverständlich auch genutzt.

Zu 3.:

Bürgerservice und Sicherheit wird zukünftig zu einer Einbürgerungsfeier einladen.

Finanzielle Auswirkungen

nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
ca. 1000 €			

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)

nein ja durchgeführt am

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften

nein ja abgestimmt mit

Formatänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig !

Die Stadt Karlsruhe ist als untere Verwaltungsbehörde verpflichtet, die von der legislativen Staatsgewalt vorgegebenen Aufträge zu erfüllen. Den Verwaltungsbehörden steht es dabei nicht zu, nach eigenem Gutdünken darüber zu entscheiden, welche dieser Aufträge als sinnvoll bewertet und damit erfüllt werden können und welche nicht. Die Anwendung des Gesprächsleitfadens ist ein solcher rechtlicher Auftrag, den Bürgerservice und Sicherheit bzw. die dortige Einbürgerungsbehörde erfüllen muss. Dass dies nicht unumstritten ist, zeigt die öffentliche Diskussion der letzten Tage und Wochen. Die politische Entscheidung, an dem Gesprächsleitfaden festzuhalten, ist jedoch zu beachten. Dass die im Lauf der nächsten Wochen und Monate im Umgang mit dem Gesprächsleitfaden gewonnenen Erkenntnisse von der Einbürgerungsbehörde gesammelt und ausgewertet werden, ist selbstverständlich. Ebenso werden mögliche Verbesserungsvorschläge, die sich daraus ergeben, im Rahmen des ohnehin vorgesehenen Erfahrungsaustausches zwischen Politik und Verwaltung weitergegeben werden. Nicht vergessen werden darf aber -auch bei der kritischsten Auseinandersetzung mit diesem Thema- der Grundgedanke, der die Basis für diesen Gesprächsleitfaden bildet - nämlich die Feststellung treffen zu können, dass der Einbürgerungsbewerber eine eindeutige und unmissverständliche positive Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates hat. Die Gleichbehandlung aller Einbürgerungsbewerber ist dabei durchaus gewährleistet - wenn entsprechende Zweifel an der Einstellung bestehen, wird der Gesprächsleitfaden auch bei Angehörigen aus nichtislamischen Staaten angewendet

Einen Ermessensspielraum bei der Anwendung des Gesprächsleitfadens gibt es selbstverständlich. So müssen die Einbürgerungsbehörden ihn nur dann anwenden, wenn Zweifel daran bestehen, dass ein Bewerber sich zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bekennt.

Auch bei der Auswahl und der Anzahl der Fragen besteht ein Ermessen - es müssen nicht alle der insgesamt 30 im Gesprächsleitfaden vorgegebenen Fragen beantwortet werden.

Die Einbürgerungsbehörde der Stadt Karlsruhe wird das ihr zustehende Ermessen in vollem Umfang anwenden. Es liegt ihr fern, Einbürgerungsbewerber zu diskriminieren oder über das unbedingt notwendige Maß hinaus mit bürokratischen Belangen zu belasten. In diesem Sinn werden auch in Zukunft in Karlsruhe alle Einbürgerungsbewerber und -bewerberinnen im Sinne einer dienstleistungsorientierten Verwaltung behandelt, wobei jedoch die Belange unseres Staates nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Den Vorschlag einer Einbürgerungsfeier wird Bürgerservice und Sicherheit gerne wieder aufgreifen. Eine solche Veranstaltung gab es bereits vor einigen Jahren. Mangels Interesse wurde sie dann eingestellt - einem Wiederauflebenlassen steht jedoch nichts entgegen. Die Fraktionen werden zu gegebener Zeit über den Ablauf der Einbürgerungsfeier informiert werden.